

Asienpolitik

FRANCO ALGERI

Asiens ökonomische und politische Bedeutung für die Europäische Union (EU) nimmt weiter zu. Doch die Euphorie bezüglich der Wachstumsprognosen für die asiatischen Wirtschaftssysteme hat in der Zeit nach der Finanzkrise abgenommen. Im Jahr 2000 stieg sowohl der Umfang der europäischen Exporte nach Asien wie auch der asiatischen Importe in die EU, jedoch sehr ungleichmäßig, was ein Ansteigen des Handelsbilanzdefizits auf 122,9 Milliarden Euro mit sich brachte. Japan, China, Taiwan, Hongkong und Südkorea sind auch weiterhin die bedeutendsten asiatischen Handelspartner der EU.¹

300 Millionen Euro wurden im Jahr 2000 für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens bereitgestellt, wobei besondere Aufmerksamkeit der Armutsbekämpfung zukam. Humanitäre Maßnahmen im Rahmen von ECHO (Amt für humanitäre Hilfe der EG) richteten sich hauptsächlich auf süd- und südostasiatische Staaten.² Im Kontext der Umstrukturierungspläne zum Auswärtigen Dienst der EU gibt es Vorschläge der Europäischen Kommission für neue Vertretungen in Malaysia, Singapur, Kambodscha und Laos sowie ein „trade representation office“ in Taiwan.³

Weiterhin prägen steigende Rüstungsausgaben sowie inner- und zwischenstaatliche Spannungen und Konflikte die asiatisch-pazifische Region. Entwicklungen die auf eine Destabilisierung von Teilen Asiens mit entsprechenden sicherheitspolitischen Folgen für die internationalen Beziehungen hindeuten, sind jedoch nicht festzustellen.⁴ Die Schwerpunkte der EU-Asienpolitik richten sich zunehmend deutlich auf Nordostasien, gefolgt von Südost- und Südasien.

ASEM und ASEAN

Sind die am Ende des vergangenen Jahrzehnts festgestellten Ermüdungserscheinungen im ASEM-Prozess überwunden? Zumindest ließ die Deklarationsrhetorik des dritten Gipfeltreffens im Rahmen des Asia Europe Meeting (ASEM), das vom 19. bis 21. Oktober 2000 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfand, diesen Eindruck entstehen. Neben der weiteren Förderung des politischen Dialogs, verstärkter ökonomischer und finanzieller Zusammenarbeit sowie der Kooperation zu gesellschaftlichen und kulturellen Aspekten, finden sich in der Erklärung des Vorsitzes neue Initiativen zu Fragen der Globalisierung und Informationstechnologie, transnationalen Rechtsproblemen, der Entwicklung von „human resources“ sowie umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten. Die europäischen und asiatischen

DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Staats- und Regierungschefs nahmen außerdem das Asia-Europe Cooperation Framework (AECF) 2000 an, in dem detailliert die Prinzipien, Ziele, Prioritäten und Mechanismen der künftigen ASEM-Aktivitäten aufgelistet sind. Ob diese Dynamik in den routinemäßigen ASEM-Treffen auf verschiedenen Ebenen durchgehalten werden kann, wird sich spätestens beim vierten ASEM-Gipfel 2002 in Kopenhagen erweisen müssen.

Die Beziehungen EU-ASEAN bewegen sich weiterhin in einem ambivalenten Verhältnis. Im Jahre 2000 kam eine Einigung über die Wiederaufnahme des politischen Dialogs zustande, der wegen Meinungsverschiedenheiten über den Umgang mit Myanmar (Birma) seit dessen Aufnahme in die ASEAN 1997 ausgesetzt war. Nach einer Unterbrechung von drei Jahren fand am 11. Dezember 2000 im laotischen Vientiane erstmals wieder ein Ministertreffen EU-ASEAN statt, bei dem die wirtschaftliche Lage in der EU und der ASEAN, die sicherheitspolitische Lage im Nahen Osten sowie die politischen Probleme in Indonesien und Myanmar zur Diskussion standen. Das Fehlen einer nennenswerten Verbesserung der Menschenrechtslage veranlasste den Rat im April 2001 dazu, den gemeinsamen Standpunkt zu den Sanktionen gegenüber Myanmar, um weitere sechs Monate zu verlängern. Die ASEAN-Staaten betrachten den Bedeutungszuwachs der nordostasiatischen Region für die EU mit zunehmender Skepsis, und es ist davon auszugehen, dass dadurch neue Unstimmigkeiten in den Beziehungen EU-ASEAN auftreten können.

China, Japan und die koreanische Halbinsel

Das für die neunziger Jahre kennzeichnende Handelsbilanzdefizit der EU gegenüber China erreichte im Jahre 2000 das bis dahin größte Ausmaß in Höhe von 44,4 Milliarden Euro, was gegenüber 1999 eine Zunahme von annähernd 50 Prozent bedeutete.⁵ Bei den für den EU-Außenhandel wichtigen außereuropäischen Partnerländern lag China im Jahre 2000 als Empfängerland von EU-Exporten wie auch bei Importen in die EU an dritter Stelle (hinter den USA und Japan). Diese Dynamik steht unter anderem in Zusammenhang mit der anstehenden Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO). In Folge des bilateralen Abkommens zum Marktzugang zwischen der EG und China vom 19. Mai 2000, wurden in einem einjährigen Verhandlungsprozess bis zum Juni 2001 die noch ausstehenden Detailfragen geklärt.

Anlässlich Zhu Rongjis Besuch bei der Europäischen Kommission im Juli 2000, dem ersten eines chinesischen Ministerpräsidenten bei diesem EU-Organ, wie auch beim dritten EU-China Gipfeltreffen am 23. Oktober in Peking, wurde die Bedeutung der Beziehungen von europäischer wie auch von chinesischer Seite betont. Im Januar 2001 erkannte der Rat in seinen Schlussfolgerungen zum europäisch-chinesischen Dialog selbstkritisch, dass in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise bei der Versammlungsfreiheit, den Minderheiten, der Religionsfreiheit oder der Anwendung der Todesstrafe keine oder nur minimale Fortschritte erreicht wurden. Somit ist es wenig verwunderlich, dass dem Thema Menschenrechte in der 2001 vorgelegten Chinastrategie der Kommission viel Raum zugestanden wird.

Während sich beim neunten Gipfeltreffen EU-Japan, am 19. Juli 2000 in Tokio, eine deutliche Dynamik in den europäisch-japanischen Beziehungen abzeichnete,⁶ kann nun festgestellt werden, dass der Annäherungsprozess stagniert. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Erklärung EG-Japan soll in der zweiten Jahreshälfte 2001 im Rahmen eines EU-Japan Gipfeltreffens ein neues Grundlagendokument mit einem Aktionsplan verabschiedet werden. Doch bei den Gesprächen des japanischen Premierministers Koizumi im Juli 2001 in Großbritannien und Frankreich kam die EU-Dimension nicht zum Tragen. Zu den dringlichsten Reformthemen für Japan zählen aus Sicht der Europäischen Kommission insbesondere Investitionen, Wettbewerbspolitik, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen. Die großen Themen von gemeinsamem Interesse, wie beispielsweise die Lage auf dem Balkan und auf der koreanischen Halbinsel, Konfliktprävention, OSZE und Reform der Vereinten Nationen werden aber auch ohne ein neues Grundlagendokument den politischen Dialog zwischen der EU und Japan weiter bestimmen. Der Manövrierraum für gemeinsame Initiativen, die aus dem Beziehungsgeflecht EU-Japan eine bedeutende internationale Partnerschaft machen könnten, bleibt zu Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch eingeschränkt.

Die koreanische Halbinsel wurde in mehrfacher Hinsicht von besonderem Interesse für die europäische Asienpolitik. In Seoul fand das bereits erwähnte Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der am ASEM-Prozess beteiligten Staaten statt. Nach einem fünfjährigen Ratifizierungsprozess trat am 1. April 2001 das Rahmenabkommen über den Handel und die Zusammenarbeit EG-Republik Korea in Kraft.⁷ Darüber hinaus kam es zu einer deutlichen Hinwendung der EU zu Nordkorea. Die vom Rat im Oktober 2000 geforderte Stärkung des politischen Dialogs mit der Demokratischen Volksrepublik Korea beinhaltet,⁸ dass die Annäherung beider Koreas fortgesetzt werden soll, Nordkorea bezüglich der Nichtverbreitung von Kernwaffen und Munition Verantwortungsbewusstsein zeigen muss, die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen einzuhalten hat und der nordkoreanischen Bevölkerung Auslandshilfe zugänglich gemacht werden soll. Die „Seoul Declaration for Peace on the Korean Peninsula“, die aus dem dritten ASEM-Gipfel resultierte, hebt die Bedeutung der Annäherung zwischen Nord- und Südkorea für die Stabilität der asiatisch-pazifischen Region und der internationalen Beziehungen insgesamt hervor.⁹

Nachdem sich mit dem neuen US-Präsidenten George W. Bush die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem Regime in Nordkorea deutlich zurückhaltender erwies, sah sich die schwedische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 gefordert, eine aktive Vermittlungsrolle zwischen den beiden Koreas zu übernehmen.¹⁰ Auch der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung forderte eine stärkere Rolle der EU, nicht zuletzt auch deswegen, weil Kims „Sunshine Policy“, die Annäherungspolitik der beiden Koreas, ins Stocken geraten war. Die Gespräche der EU-Troika in Pjöngjang und Seoul im Mai 2001, verstärkten den Eindruck, als würde der EU auf der koreanischen Halbinsel eine neue Rolle als Vermittler zukommen. Kurz nach dem Besuch der Troika entschied die Europäische Kommission diplomatische Beziehungen mit der Demokratischen Volksrepublik Korea aufzunehmen.

Ausblick

Die neue europäische Rolle auf der koreanischen Halbinsel mag nur von begrenzter Dauer sein und die EU wird die Bedeutung der Vereinigten Staaten als dominierender Akteur in der asiatisch-pazifischen Region nicht in Frage stellen. Doch die europäische Seite agiert zunehmend selbstbewusst. Der für die Außenbeziehungen zuständige Kommissar Chris Patten unterstrich mehrfach, dass die EU einen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität Asiens leisten will.¹¹ Mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wird der Handlungsspielraum der GASP erweitert und zumindest theoretisch kann gefragt werden, ob mögliche operative Einsätze der EU längerfristig nur auf die näheren Nachbarregionen der erweiterten Union begrenzt bleiben, oder auch in weit entfernten Regionen wie beispielsweise Asien denkbar sind, um möglichen sicherheitspolitischen Herausforderungen oder der Verletzung von Demokratie und Menschenrechten entgegenzutreten, bis hin zur Anwendung von Petersberg-Aufgaben.¹² Die in jüngster Vergangenheit teilweise hohen Erwartungen an die GASP und das internationale Profil der EU sollten hinsichtlich der europäischen Asienpolitik nüchtern betrachtet werden. Institutionelle Fragen können geklärt werden, doch was Chris Patten eher nervös macht, ist die alt bekannte Frage nach dem politischen Willen.

Anmerkungen

- 1 Eurostat: Statistik kurz gefasst, Außenhandel, Thema 6-3/2001.
- 2 Gesamtbericht EU 2000, S. 300 und 345f.
- 3 KOM(2001) 381 endgültig v. 3.7.2001.
- 4 International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 2000/2001, London 2000, S. 178-197.
- 5 KOM(2001) 265 endg. v. 15.5.2001, Punkt 5.3.
- 6 EU-Japan Summit, Joint Conclusions, Tokio 19. Juli 2000, in: http://europa.eu.int/comm/externa.../japan/summit_7_19_2000/index.htm (24. Juni 2000).
- 7 Abl. Nr. L 090 v. 30.3.2001, S. 0046-0061.
- 8 Seit 1998 finden im Rahmen des politischen Dialogs Treffen auf der Ebene hoher Beamter statt.
- 9 Vgl. http://europa.eu.int/comm/external_relations/asem/asem_summits/decl_peace.htm
- 10 Vgl. hierzu die Aussage der schwedischen Außenministerin Anna Lindh, in: *International Herald Tribune*, Online Ausgabe, 26.3.2001.
- 11 Vgl. beispielsweise die Rede Pattens „Europe and Asia. A closer partnership in the new millennium“ am 20. Juli 2000 am Sejong Institute in Seoul, in: http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/speech_00_278.htm (25. Juni 2000) und das Interview mit Patten „Weltpolitik, warum nicht?“, in: *Die ZEIT*, Online-Ausgabe, Nr. 25/2001.
- 12 Europäisches Parlament, A5-0339/2000 endgültig v. 20.11.2000, Teil 2, Punkt 7-8. Zu den Petersberg-Aufgaben im Zusammenhang mit Asien: Europäisches Parlament, C5-0255/2000 – 2000/2038 (INI) v. 21.11.2000, Punkt 38.

Weiterführende Literatur

- Dosch, Jörn und Manfred Mols (Hrsg.): *International relations in the Asia Pacific. New patterns of power, interest, and cooperation*, Hamburg: Lit; New York: St Martin's Press, 2000.
- Bridges, Brian: *Europe and the challenge of the Asia Pacific*, Cheltenham u.a.: Edward Elgar, 1999.
- Hieber, Saskia, Kay Möller und Yvonne Riedel: *Energiesicherheit in Ostasien. Ein Ausblick bis zum Jahre 2015*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-AP 3143, November 2000.
- Köllner, Patrick: *Whither ASEM? Lessons from APEC and the future of transregional cooperation between Asia and Europe*, Friedrich-Ebert-Stiftung Korea Cooperation Office, 2000.
- Lee, Chong-wha (Hrsg.): *The Seoul 2000 Summit. The way ahead for Asia-Europe partnership*, Seoul: The Korea Institute for International Economic Policy, 2000.